

die Möglichkeiten der Gebiets- und Machterweiterung gegangen, so stellte sich im Zeitalter der Nuklearwaffen diese Frage nicht mehr. Man wollte keinen Krieg mehr führen, der nicht auch «sinnvoll» beendet werden konnte.

Weil die Supermächte die Gefahr der Selbstvernichtung möglichst klein halten wollten, fand der Dritte Weltkrieg bisher nicht statt – auch wenn die äusseren Bedingungen für diesen letzten Schritt seit 1945 mehrmals vorhanden waren (Korea, Berlin, Kuba, Vietnam, Afghanistan, Iran/Irak, Golfkrieg). Statt dessen wurden die Konflikte der Weltmächte vorwiegend in der Dritten Welt ausgegossen («Stellvertreterkriege»). Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben über 200 kriegerische Auseinandersetzungen stattgefunden, ohne dass sich Ost und West direkt miteinander konfrontiert sahen. Der Kampf um die Vormacht der beiden Supermächte wurde in den letzten Jahren auf Kosten der armen Länder ausgegossen. Und obwohl gerade in diesen Ländern das Wirtschaftswachstum wenig entwickelt ist, steigen die Rüstungsausgaben von Jahr zu Jahr: Mitte der 80er Jahre haben die Entwicklungsländer 115 Milliarden US-\$ jährlich für Rüstung ausgegeben. Andererseits leiden in diesen Ländern 780 Millionen Menschen Hunger!

Es ist offensichtlich: Die Staatsanschauungen haben sich im Laufe der Jahrhunderte entscheidend gewandelt. Die Politik im alten Griechenland war beispielsweise

eine Angelegenheit von regionaler Bedeutung, ohne «internationale» Wirkung. So konnte Platon noch fragen, wie denn der *Staat* glücklich werden könne, und Epikur philosophierte über die günstigsten politischen Lebensbedingungen für das *Individuum*.

Ein solches «klassisches» Staatsverständnis ist uns durch das Erlebnis zweier Weltkriege verlorengegangen. Die Politik hat – auch für Kleinstaaten – ihren «heimatverbundenen» Rahmen abgelegt und ist zur Weltpolitik geworden. Der einzelne Staat kann sich heute nicht mehr als Insel fühlen, losgelöst vom übrigen Weltgeschehen. Denn das Ende des Kalten Krieges darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass weltweit noch viele Probleme auf eine Lösung warten. Täglich werden wir mit dem Elend und der Not von Flüchtlingen oder von Katastrophenopfern konfrontiert; Völkermord und Rassendiskriminierung zeigen, dass die Menschheit noch weit entfernt ist von den Grund- und Menschenrechten, die sie in ihren Verfassungen festgeschrieben hat. Wirtschaftlich droht der Graben nicht mehr nur zwischen Nord und Süd, sondern auch zwischen Ost und West gefährlich aufzubrechen.

Diese und andere Probleme übersteigen die Kräfte eines einzelnen; sie können nur gemeinsam gelöst werden. Deshalb sollte jeder Staatsbürger zum Weltbürger werden, wenigstens was sein politisches Denken und Handeln betrifft.